



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Postzeile 50 Pfennig, Lobes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 21. bis 27. Januar ist die Beitragsmarke in das mit 4 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Die Bekämpfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland nach dem Kriege.

#### II.

Die durch den Krieg herbeigeführte Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse in bezug auf Arbeiterzahl und Befähigung der Arbeiter wird noch verschlimmert durch eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Unternehmertätigkeit des Kapitals noch auf Jahre hinaus wesentlich eingeschränkt werden. Nicht als ob es an einer Unternehmungslust mangelte; die wird ohne Zweifel vorhanden sein, aber es wird an der Möglichkeit fehlen, diesen kapitalistischen Drang zu betätigen. Zunächst werden die Arbeiten für den Kriegsbedarf, für den Bedarf des Landheeres und der Marine wesentlich geringer sein. Sodann wird das Geld für gewerbliche und industrielle Unternehmungen knapp werden und nur gegen hohe Zinsen zu haben sein, wozu die Kriegsanleihen beitragen. Die Knappheit auf dem Geldmarkt wird ergänzt durch die Knappheit auf dem Warenmarkt. Es wird vielfach an Rohstoffen mangeln, die wir früher aus dem Ausland bezogen haben, der innere Markt wird nicht mehr so viel Waren aufnehmen können, weil die Kaufkraft der Massen sinkt, und auf dem Auslandsmarkt wird es schwer halten, die überschüssigen Waren abzusetzen, weil sich das Ausland vielfach ablehnend verhalten wird. Die hieraus entspringenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden natürlich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland äußerst ungünstig einwirken.

Sinzu kommt noch, daß auch die Kaufkraft des Geldes sinken wird. Sollte auch der Geldlohn seine frühere Höhe behalten, so wird doch der Reallohn sinken. Es erscheint völlig ausgeschlossen, daß die Lebensmittelpreise auf den früheren Stand zurückgehen werden. Jeder Volkswirtschaftler weiß, daß die Warenpreise leicht und schnell steigen, daß sie aber nur schwer und langsam wieder heruntergehen. Außerdem werden die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, sie mögen wollen oder nicht, auch von den ungeheuren Kriegslasten ihr vollgerütteltes Maß zu tragen haben. Dies wird in hohen Steuern und Abgaben und in einer Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zum Ausdruck kommen. Das Endergebnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Kriege wird also sein ein Herabdrücken der Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Unterhaltskosten — sicherlich ein tieftrauriger Ausblick in die Zukunft. Glücklicherweise ist die deutsche Arbeiterklasse diesen Verhältnissen nicht widerstandslos ausgeliefert, es stehen ihr vielmehr Mittel und Wege zur Verfügung, um einen Ausgleich zu schaffen

und trotz der großen Schwierigkeiten den Aufstieg, in dem sie sich vor dem Kriege befand, auch nach dem Kriege fortzusetzen.

In allererster Linie sind natürlich die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse berufen, gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Schutzwälle aufzuwerfen, indem sie alles das besitzigen, was diese Verschlechterung verursacht. Zunächst müssen sie mit allen Kräften darauf hinarbeiten, daß die Frauenarbeit ihrer Eigenschaften als Schmutzkonturrenz entkleidet wird. Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, ob es sich um männliche oder weibliche Arbeitskräfte handelt, ist eine gewerkschaftliche Forderung ersten Ranges. Um sie durchzusetzen bedarf es natürlich einer eifrigen, andauernden Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen und Mädchen. Sodann müssen sich die Gewerkschaften dagegen wehren, daß die Werte der Kriegselbständigen auf den Lohn angerechnet wird. Hierbei sind sie auf die Hilfe der Staatsgewalt und auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung angewiesen. Endlich ist es auch eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, auf eine Wertverbesserung der Arbeitskräfte und damit auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit hinzuwirken, indem sie auf die Fort- und Ausbildung des Nachwuchses mehr als bisher Gewicht legen.

Um das Sinken des Reallohns und damit eine Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern, ist es notwendig, daß der politische Einfluß der deutschen Arbeiterklasse gestärkt wird. Hier spielt die Steuer- und Zollpolitik eine ausschlaggebende Rolle. Bei der Verteilung der Kriegslasten und bei der Einführung der Zölle muß der Grundsatz so weit wie möglich durchgeführt werden, daß die schwächeren Schichten gesichert und daß die bessergestellten Volksschichten schärfer herangezogen werden. Dies Ziel kann natürlich nicht erreicht werden durch eine Enthaltungspolitik, indem man sich in den Schmollwinkel stellt und nicht mitmacht, so daß die anderen allein die Sache beiführen. Auch die Konsumgenossenschaften sind ein geeignetes Mittel, die Kaufkraft des Geldes zu steigern und dadurch den Reallohn zu heben. Die Ausschaltung des schwarzerhaften Zwischenhandels und die planmäßige Regelung der Warenverteilung hat bekanntlich ein Herabsetzen der Preise für die notwendigen Lebensmittel zur Folge und gewährt dem Arbeiter die Möglichkeit, für den gleichen Geldlohn mehr Gebrauchsgüter zu kaufen. In der gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung besitzt das deutsche Proletariat drei gute Waffen im Kampfe gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Selbstverständlich dürfen diese Waffen nicht gegeneinander geführt werden, vielmehr müssen diese Bewegungen Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Es wäre der verhängnisvollste Fehler, wollte man diese Wahrheit außer acht lassen und durch gegenseitige Neibereien die Stoßkraft und die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterbewegung

schwächen. Wir müssen unsere Kräfte zusammenhalten und aufs äußerste anspannen, um der Schwierigkeiten der Lage Herr zu werden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Einheit und Einigkeit der Arbeiterschaft sind deshalb mehr als je ein zwingendes Gebot. Nur wenn wir danach handeln, werden wir die uns bevorstehenden Kämpfe erfolgreich bestehen. Brutus.

### Entwicklung.

Betrachtet man die Vorgänge, wie sie sich jetzt schon im dritten Jahre auf den Kriegsschauplätzen abspielen, so müßte man eigentlich denjenigen einen Loren nennen, der jetzt von Entwicklung sprechen will. Denn Entwicklung kann man im eigentlichen Sinne nur das nennen, was emporführt, was sich immer mehr zu einer schönen, reifender Frucht ausbildet. Entwicklung ist das, was der menschliche Geist und menschliche Arbeit zu immer weiterer Verbesserung und Besserung der Daseinsbedingungen der Menschheit hervorbringen. Dazu gehören die Fortschritte in Technik und Industrie, Bemühungen zu rationeller Bodenbearbeitung und -verteilung, kurz und gut, alle mit der Zeit fortschreitenden, in reger Wechselbeziehung zueinander stehenden Verbesserungen der Kultur und Zivilisation der Menschheit.

Gewiß haben wir eine solche Entwicklung! Wer wollte meinen, daß wir heute nicht besser dastehen als im Mittelalter oder gar in vorchristlicher Zeit! Dabei wollen wir jedoch nicht vergessen, daß es auch vor Jahrtausenden schon Völker mit sehr hoher Kultur gegeben hat und daß in grauer Vorzeit schon Erfindungen gemacht wurden, über die wir uns heute noch nicht ganz klar geworden sind.

Andererseits müssen wir aber auch konstatieren, daß die eigentliche Arbeiterschaft, der der Nutzen, den Fortschritt und Erfindung zur Erleichterung der Arbeit hervorgebracht hat, doch zukommen sollte, nicht so viel davon gespürt hat, ja, man hat versucht, durch die Erleichterung der Arbeit und das Ueberflüssigwerden von Kräften die Segnungen des Fortschritts in das Gegenteil umzukehren und statt einer Erleichterung eine Erschwerung der Verhältnisse und Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter herbeizuführen.

Was uns in einer früheren Epoche nämlich nicht gelungen ist, das ist die gleichheitliche soziale Ausböhnung der einzelnen Volksschichten einerseits und die weltwirtschaftliche Verknüpfung der Völker andererseits auf soliden Grundlagen. Inwieweit wir diesem Manko die Ursachen des jetzigen Kulturunglücks zuschreiben haben, wollen wir hier nicht untersuchen. Wenn man aber bedenkt, daß doch die eigentlichen Träger der Entwicklung der Menschheit im Sinne aufsteigender Kultur gerade die Klassen sind, die wohl an Zahl am stärksten, an Macht, Ansehen und Einfluß aber am übelsten gestellt sind und alle Rückwirkungen übler Welterscheinungen am teuersten bezahlen müssen, so können wir nicht umhin, den

breiten Volksmassen selbst bittere Vorwürfe zu machen, namentlich denen, die allen Rufens eifrigster Führer mit tauben Ohren gegenübergefallen haben und ihren Indifferentismus oder ihre Unkenntnis vom Wesen ihres Daseins immer wieder mit offener Gleichgültigkeit zur Schau getragen haben.

Wir wollen hoffen, daß das nach dem Kriege anders wird, daß der Krieg mit allen seinen Erscheinungen eine, wohl furchtbar ernste, aber doch zündende Lehre in Hirn und Herz eines jeden Angehörigen der unteren Klassen gepflanzt hat. Dies soll uns ein Lichtblick sein im tieftraurigen Dunkel der jetzigen Lage. Wir wollen neue, fruchtverheißende Keime zu einer neuen, machtvollen Aufwärtsentwicklung der Arbeiter und Arbeiterinnen aller Stände aus den Leichenfeldern dieses Krieges sprießen sehen; in anderem, negatitem Sinne müßte man sonst verzweifeln.

Der kommende Friede läßt uns neu aufbauen. Der Krieg hat ungeheure Umwälzungen in den volkswirtschaftlichen Differenzierungen herbeigeführt, uns aber auch gezeigt, welche Machtentfaltung und welche Erfolge eine starke, unzerstückelte Organisation hervorbringen kann. Ein jeder muß sich ein unbergeliches Beispiel daran nehmen! Sollten die Kräfte und Schichten, die in einem so furchtbaren Kampf und in einem so erschwerten wirtschaftlichen Durchhalten, wie in diesem Kriege, obenan bleiben, nicht fähig sein, ihrerseits im friedlichen Daseinskampf die Vorseitigung aller die restlose Gleichberechtigung sperrenden Schranken zu erstreben! Grundlage und Voraussetzung allen Erfolges in dieser Richtung ist die Organisation für jeden Einzelnen, insonderheit auch für die Frauen und alle weiteren weiblichen Kräfte, die jetzt stärker, als je geglaubt, ins öffentliche Leben und in den wirtschaftlichen Kampf eingetreten sind. Wie so jede Organisation für sich tatkräftig Erfolge zur wirtschaftlichen Besserstellung ihrer Mitglieder erreichen kann, wenn sich ihr jeder restlos anschließt, so werden alle Organisationen als eine nicht zu umgehende Pflicht für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft eintreten können.

Wir wollen uns nicht dem Wahne hingeben, als ob wir ohne Mühe zu einem solchen Idealzustande der restlosen Interessenvertretung gelangen; dazu haben wir leider der Indolenten in der Arbeiterschaft noch zu viele, und auch in punkto Weltanschauungsfragen ist die Zersplitterung der Verbands- und Gewerkschaftskreise leider sehr groß. Die Entwicklung aber jenem Idealzustande näher zu bringen, das ist wirklich das Schwebende der Besten und Edelsten aus unserer starken, oft, abschließend und gern übergangenen Klasse wert. Wo es die Interessen der Gesamtheit erfordern, da dürfen nicht Gegenätze

kleinlicher, nebensächlicher Natur ausgespielt werden. Wir stehen gerüsteten, unverändert gesinnigen Gegnern und vielleicht auch schweren Zeiten gegenüber; da ist Geschlossenheit alles, und noch immer haben wir den kleinsten Fortschritt erkämpfen müssen.

Wenn wir nach diesen allgemeinen Betrachtungen zum Schluß noch einen Blick auf den „Verband der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen“ werfen, so müssen wir gestehen, daß auch hier die Zahl der Indolenten noch groß ist. Hunderte der in den Verband gehörenden stehen ihm noch fern. Daß daher die Erringung wirtschaftlicher Vorteile und Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder oft schwierig ist, dafür bietet die jetzige Leuerungs- und Zulagenbewegung ein einbringliches Beispiel. Wenn die restlose Einführung derselben schon bei einer so hochwertigen Organisation, wie dem Buchdruckerverbande, Schwierigkeiten macht, wieviel mehr erst einer Organisation, die nicht im gleichen Tarif- und Stärkeverhältnis steht wie die Buchdrucker, weil eben ein Teil der ihr zugehörigen Erwerbstätigen sich nicht dazu aufschwingt, sich selbst in ihrer Existenz einen Rückhalt zu schaffen und die Macht der Gesamtheit zu stärken. Es ist zu erwarten, daß nach den jetzigen Erfahrungen die Gewinnung aller dieser noch fernstehenden weniger Schwierigkeiten macht und daß die soziale und wirtschaftliche Erkenntnis viele zur Organisation führt. Kst.

## Für unsere Frauen Arbeit und Brot.

S.A.K. „Arbeit und Brot, Ihr werdet's nicht vergessen, das ist die Lösung jeder neuen Zeit,“ so rief Luise Otto im Jahre 1847 den Freiheitskämpfern zu in ihrem Gedicht: „Und ich bin nichts als ein gefesselt Weib.“ Siebzig Jahre sind seitdem vergangen. Die Lösung jener Zeit aber ist auch heute noch die gleiche. Wo Frauen in Not sind, und wann wären sie je in größerer Not gewesen als in der traurigen Zeit, die der Weltkrieg über uns gebracht hat, da ertönt der Ruf nach Arbeit und Brot. Er ertönt so laut, daß es oft schmerzen will, als ob darüber der große Kummer, der die Herzen erfüllt um all die Lieben, die täglich, stündlich dem Tod ins Auge sehen müssen, verschwindet. Die großen schweren Wunden des Herzens schmerzen tiefer, aber sie wirken nicht so aufreizend, so zermürbend wie die kleinen Nabelstiche des Alltags. So geht der Ruf nach Arbeit mit dem nach Brot Hand in Hand. Je geringer die Möglichkeit der Frauen, Brot zu schaffen für sich und ihre Kinder, um so dringender die Notwendigkeit, Arbeit zu suchen. In unzähligen Fällen fehlt der Ernährer, der früher das Brot beschaffte. Die im Verhältnis zu der Dauer des

Krieges stetig wachsende Leuerung zwingt eine Reihe von Frauen, die früher nicht erwerbstätig waren, Arbeit zu suchen. Noch gibt es kein geschriebenes Gesetz, das die Frauen zwingt, Arbeit zu übernehmen. Dringender, kategorischer aber als das geschriebene Gesetz spricht für die Frauen der arbeitenden Klasse das Gesetz, das durch Hunger und Not diktiert ist, für die Notwendigkeit der Arbeit. So stark spricht dieses Gesetz, daß heute auf hundert Nachfragen nach weiblichen Arbeitskräften 134 Angebote kommen. So stark spricht es, daß die Frau sich überall bereit findet, die am schlechtesten bezahlte Arbeit unter den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu übernehmen. Das Notgesetz vom 4. August 1914 läßt heute die Beschäftigung von Frauen in Betrieben zu, die ihnen durch das Arbeiterinnenschutzgesetz früher nicht zugänglich waren. Frauen arbeiten heute in den Bergwerken, an Hochöfen, Walzwerken, beim Kesselreinigen. Frauen arbeiten in Tag- und Nachtschichten in den Munitionsfabriken, an schweren Maschinen, in Stütze und in verbodener Luft. Frauen übernehmen die unendlich schweren Dienste an den Eisenbahnen, den Straßenbahnen. Sie schleppen Kohlen, sie arbeiten in Ziegeleien, auf Bauten, kurz, es gibt keine Männerarbeit, die heute nicht von Frauen geleistet wird, und daß selbst da, wo verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt werden, was doch nur in Einzelfällen vorkommt, diese in keinem Verhältnis stehen zu dem Lohn, der bei gleicher Leistung den Männern gezahlt wird. Im allgemeinen verdienen schwerarbeitende Frauen Stundenlöhne von 25 bis 27 Pf.; Wochenlöhne von 12 bis 17 Mk. sind in vielen Industrien die Regel. Das Märcchen von den Frauen, die nicht arbeiten wollen, das ja namentlich von den Kriegerfrauen immer wieder erzählt wird, wird durch die Zahlen vom Arbeitsmarkt gründlich widerlegt. Die Frauen wollen arbeiten, um für sich und ihre Kinder Brot zu beschaffen. Die Not der minderbemittelten Bevölkerung ist durch die Knappheit und Preissteigerung der Lebensmittel ins Unerblich gewachsen. Auf der Schulter der Frauen lastet schwer die Sorge für das tägliche Brot. Es fehlt an allen Nödigsten, was früher zur Erhaltung des Brotes vorhanden war. Es fehlt vor allem an Kartoffeln, an Milch, an Fett. Andere Lebensmittel sind nur den Reichen erreichbar, die über einen gefüllten Geldbeutel verfügen. Die armen Kinder leiden Hunger. Welcher Schmerz aber trafe eine Mutter tiefer, als zusehen zu müssen, wie ihre Kinder entkräftet werden, ohne sie sättigen zu können. So wird sie durch Not und Hunger getrieben, Arbeit zu suchen, und lauter als je ertönt darum heute der Ruf nach Arbeit und Brot. Aber schon vor siebzig Jahren ging Luise Otto über diese Forderung hinaus: „Gebt dem sein

## Wertblatt über die Gewährung der Familienunterstützung, sowie die Fürsorge für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige.

### II.

#### 5. Löhnung für Vermißte und Gefangene.

Im Falle der Bedürftigkeit kann, aber nicht muß, die Löhnung des Vermißten oder des in Gefangenschaft Geratenen dessen Angehörigen gewährt werden. Anträge sind beim Truppenteil (Bataillon), dem der Vermißte oder Kriegsgefangene angehört hat, zu stellen.

#### 6. Gnadenlöhnung.

In den Militärpensionsgesetzen finden wir schließlich noch die eventuelle Gewährung von Gnadengebührrnissen. In mehreren Zeitungen sind in letzter Zeit darüber entsprechende Notizen veröffentlicht worden. Es heißt darin, daß in allen Fällen Gnadengebührrnisse für eine gewisse Zeit gewährt würden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Ist nämlich der monatliche Betrag der Hinterbliebenenversorgung höher als die Gnadengebührrnisse, so werden Gnadengebührrnisse nicht gezahlt, sondern es ist von Anfang an die höhere Hinterbliebenenversorgung zuständig. Im allgemeinen kommen nach diesem Verfahren Gnadengebührrnisse

für die Dienstgrade vom Gemeinen bis einschließlich Unteroffizier aufwärts nicht in Frage.

#### 7. Renten der Kriegsteilnehmer.

Mannschaften vom Feldwebel abwärts erhalten im Falle ihrer Entlassung aus dem Militärdienst, solange ihre Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung aufgehoben oder um wenigstens zehn Prozent gemindert ist, eine Rente, die jährlich beträgt:

- für die Dauer völliger Erwerbsunfähigkeit (Vollrente) für Feldwebel 900 Mk., Sergeanten 720 Mk., Unteroffiziere 600 Mk., Gemeine 540 Mk.;
- für die Dauer teilweiser Erwerbsunfähigkeit (Teilrente) denjenigen in Hundertteilen auszubrückenden Teil der Vollrente, welcher dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht.

Reben diesen Renten wird eine Versteümmelungszulage gewährt in Höhe von 27,— Mk. bei Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren, und in Höhe von 54,— Mk. bei Verlust oder Erblindung beider Augen. Ist die Erwerbsfähigkeit infolge einer durch den Krieg herbeigeführten Dienstbeschädigung aufgehoben oder gemindert, so wird noch eine Kriegszulage in Höhe von 15,— Mk. gewährt. Vom 55. Lebensjahre ab kann eine Alterszulage bewilligt werden, wenn das Einkommen des Rentenempfängers 600,— Mk.

nicht erreicht. Nach einem Ministerialerlaß kann der Kriegsbeschädigte, der wegen schwerer Beschädigung in absehbarer Zeit sein früheres Einkommen nicht erreicht, schon gleich nach der Entlassung noch eine Zusatzrente beim Bezirksfeldwebel beantragen. Ebenso kann er um den Anstellungsschein nachsuchen, wenn er zum Unterbeamten würdig und brauchbar erscheint.

Als Dienstbeschädigungen gelten Gesundheitsstörungen, welche infolge einer Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert werden. Eine von dem Verletzten vorsätzlich herbeigeführte Gesundheitsbeschädigung gilt nicht als Dienstbeschädigung.

Reben der Militärrente soll die Familienunterstützung noch für drei Monate weiter gewährt werden, wenn während dieser Zeit Bedürftigkeit bezü. Arbeitsfähigkeit vorliegt, und vom 1. Dezember 1916 ab soll den aus dem Heeresverband Entlassenen in allen Fällen die Familienunterstützung noch einen halben Monat weiter gewährt werden.

#### 8. Renten der Hinterbliebenen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen allgemeiner Versorgung und Kriegsteilnehmer, z. B. kommt er während der Aus-

Recht, der keins noch besitzen." Sie erkannte die Notwendigkeit, materielle Grundlagen zu schaffen für die arbeitenden Frauen. Auf diesen sollten dann aber die idealen Forderungen sich aufbauen, den rechtslosen Rechte zu sichern. Oft will es uns heute scheinen, als ob die vielen alltäglichen Sorgen den Kämpfern die Ideale gelähmt hätten, als ob die Frauen, die so treu ihre Pflichten erfüllen im Kampf um Arbeit und Brot, über diesen Pflichten vergessen, wie groß auch heute noch ihre Rechtslosigkeit ist. So viel sie auch einbringen in die Läden, die durch das Fehlen der Männer entfallen sind, nirgends denkt man daran, sie den Männern rechtlich gleich zu stellen. Je weniger die Frauen selbst es in die Hand nehmen, um ihre Rechte zu kämpfen, um so schwerer wird ihnen der Kampf um Arbeit und Brot gemacht werden. Immer noch hat der Organisationsgedanke nicht tief genug Wurzel gefasst bei den Frauen. Statt gemeinschaftlich für ihre Rechte einzutreten, schädigen die Frauen sich gegenseitig, werden sie zu Lohnrückerinnen, nehmen sie sich das Brot weg. Der sozialistische Geist, der aus den Versen Luise Ottos spricht, noch ist er nicht lebendig geworden in den Herzen so vieler arbeitender Frauen. Und doch sollten diese Frauen die Hüterinnen des Sozialismus sein in einer Zeit, in der so viele Kämpfer, die ihm dienen, in treuer Pflichterfüllung fern sind, um die Heimat zu schützen.

Nicht nur Brot sollen die Frauen ihren Kindern schaffen durch ihrer Hände Arbeit, auch der Geist der Kinder soll nicht darben, wenn der Vater fern ist. Kämpfen die Frauen um ihre Rechte, dann helfen sie ihren Kindern eine schönere Zukunft zu schaffen. Nur Frauen, die selbst nach Freiheit streben, können ein freies Geschlecht erziehen. Je treuer heute die Frauen ihre Pflichten erfüllen, um so berechtigter ist ihr Anspruch auf die Gewährung der so lange vorenthaltenen Rechte. Neben dem Ruf nach Arbeit und Brot muß immer lauter der Ruf nach dem Recht der Frauen erschallen. Durch unendlich treue Pflichterfüllung im Kampf um Arbeit und Brot haben sie sich das Anrecht erworben, mitzuarbeiten an dem neuen Deutschland, für das ihre Saiten und Söhne, ihre Väter und Brüder bluten, für das sie selbst als Heimkämpferinnen zu großen Opfern bereit sind. Anna Bloß.

## Rolleginnen! Helft in den Zahlstellen!

Der Krieg entzieht unseren Reihen immer mehr männliche Kräfte. Einzelne Zahlstellen sind schon gänzlich auf ihre Geschäftsführer angewiesen, und denen fällt nun zu den vielen Arbeiten, die durch den Wechsel der Arbeitsstätten heute ganz erheblich gestiegen sind, auch noch jegliche Klein-

bildung infolge Dienstbeschädigung zu Tode, dann erhält die Witwe die Rente nur nach der allgemeinen Besorgung in Höhe von 300 Mk. für ihre Person und von 60 Mk. für jedes Kind. Insgesamt werden aber nur 540 Mk. für die Angehörigen eines Gemeinen, 600 Mk. bei einem Unteroffizier, 720 Mk. bei einem Sergeanten und 900 Mk. bei einem Feldwebel gezahlt. Das Waisengeld für ein elternloses Kind beträgt 100 Mk.

Die Witwe und die ehelichen oder die legitimeren Kinder der zum Feldheer gehörenden Militärpersonen, die im Kriege geblieben oder infolge einer Kriegsverwundung gestorben sind, erhalten dagegen Kriegswitwen- und Waisengeld. Nach der Kriegsverwundung würde da der Witwe des Feldwebels 600 Mk., des Sergeanten und Unteroffiziers 500 Mk., des Gemeinen 400 Mk. und für jedes Kind 168 Mk., für jedes elternlose Kind 240 Mk. zustehen. Die Militärbehörden nehmen aber den Standpunkt ein, daß bei einem Kriegsteilnehmer außer der Kriegsverwundung auch noch die allgemeine Besorgung in Betracht komme, d. h. beide Besorgungen sollen nebeneinander laufen. Dadurch würde bei der Frau eines Gemeinen mit mehr als vier Kindern, bei der Frau eines Unteroffiziers mit mehr als fünf Kindern usw. eine Kürzung der Rente um 60 Mk. für jedes weitere Kind eintreten. In diesem Falle würde bei größerer

arbeit zu. Ist es da recht, daß wir Frauen und Mädchen noch immer reserviert zurückstehen und glauben, wir genügen unserer Pflicht schon, wenn wir unsere Beiträge pünktlich entrichten? Sehen wir uns doch einmal die Briefe unserer Kollegen aus dem Felde an. Fragen sie nicht immer: Was macht der Verband, kommen wir vorwärts? Und müssen wir nicht unsern Stolz darin setzen, ja, ist es nicht unsere Pflicht, daß wir ihnen antworten: „Ja, wir kommen vorwärts?“

Dazu gehört aber Arbeit, und von dieser Arbeit darf sich keine von uns ausschließen. Da meint ihr vielleicht: „Ach, das können wir doch nicht.“ Oder ihr kommt auf den Standpunkt unserer lieben Großeltern zurück und sagt: „Das ist Männerarbeit, darum brauchen wir Frauen uns nicht zu kümmern.“ Wer hätte wohl vor drei Jahren zu behaupten gewagt, daß Granatendrehen, Post- und Eisenbahnschaffnerdienste und wie all die anderen schweren Berufe noch heißen, von Frauen ausgeführt werden können? Man würde das dem weiblichen Organismus einfach nicht zutraut haben. Und wie hat die harte Zeit gezeigt, daß es doch anders geht. Überall arbeiten Frauen im Tag- und Nachtdienst und verrichten Männerarbeit. Selbstverständlich können wir nicht übersehen, daß wir gesundheitlich außerordentlich darunter zu leiden haben. Aber ist das nicht auch zum Teil eine Folge der niedrigen Löhne und der bedeutenden Ueberarbeit, die wir zu leisten haben, um wenigstens einen einigermaßen zufriedenstellenden Verdienst zu haben? Wenn wir zu dem höheren Verdienst dann noch täglich Zeit hätten, uns in frischer Luft zu ergehen, so wäre unser Gesundheitszustand bald ein besserer. Also zweierlei brauchen wir: erstens Erhöhung der Löhne und zweitens verkürzte Arbeitszeit. Das werden uns natürlich die Arbeitgeber nicht anbieten, und darum müssen wir fordern. Zu diesem Fördern brauchen wir aber die Unterstützung des Verbandes, und da alle Kollegen gleichberechtigt sind bei erzielten Verbesserungen, so sind auch alle gleichverpflichtet, an der entstehenden Arbeit teilzunehmen. Das können wir alle. Jede von uns kann z. B. agitieren, indem sie jede neue Kollegin im Betrieb gleich mit der Frage empfängt, ob sie schon dem Verband angehört. Wenn sie die Frage verneint, muß man sie sofort auf die Vorzüge, die der Verband bietet, hinweisen, und sie wird dann schon von selbst oder nach kurzem Drängen einsehen, daß es richtig ist, sich uns anzuschließen.

Doch von dieser selbstverständlichen Arbeit wollte ich ja gar nicht reden, denn die tut ja doch schließlich schon jede Kollegin aus sich. Nein, unser jetziges Arbeitsfeld ist ein viel größeres. Wir müssen unseren Vorstand ersetzen, soweit er nicht mehr vollständig ist. Die Tatsache, daß die körperliche Kraft des Mannes eine weitaus größere

Kinderzahl die Gesamtrente zunächst auf 540 Mk. für die Angehörigen eines Gemeinen festgesetzt werden, dazu kommen dann 100 Mk. Kriegszulage für die Witwe, 108 Mk. für jedes Kind und 140 Mk. für jedes elternlose Kind.

Außer den Witwen- und Waisenrenten sieht das Gesetz noch ein Kriegselterngeld vor, welches gewährt werden „kann“, aber nicht gewährt werden muß. Die Gewährung findet nur statt, wenn der verstorbene Kriegsteilnehmer die Eltern entweder ganz oder überwiegend ernährt hat. Das Kriegselterngeld beträgt für den Vater und jeden Großvater, für die Mutter und jede Großmutter einer Militärperson der Unterklassen 250 Mk. Für die schuldlos geschiedene Ehefrau ist beim Tode des Vaters bezw. Ernährers und Ehemannes die Gewährung einer Rente gesetzlich noch nicht festgesetzt. Zum Ausgleich von Härten hat der Reichstag einen Fonds der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt, aus dem zunächst einmalige Unterstützungen an die genannten Personen gezahlt werden können. Bezüglich der unehelichen Kinder dürfen die Zuwendungen neben der Familienunterstützung gewährt werden. Insgesamt soll aber nicht mehr zur Auszahlung gelangen, als an Alimenten gezahlt worden oder im Falle der Verurteilung zu zahlen gewesen wäre.

ist als die der Frau, bürgt noch nicht dafür, daß er uns auch an geistiger Kraft überlegen ist. Überall in den Bureaus und Kontoren hält die Frau mit dem Manne Schritt, und das ist wahrhaftig der beste Beweis, daß sie geistig auf gleicher Höhe steht. Und da sollte es nicht möglich sein, daß wir Frauen uns auch an die Spitzen unserer Organisationen stellen und versuchen, uns an dem öffentlichen Leben und dem Gedeihen unserer guten Sache zu beteiligen? Niemand wehrt uns, die allergefährlichsten Arbeiten zugunsten des Geldsades zu übernehmen, und niemand darf uns wehren, eine Arbeit zu unserer aller Vorteil zu machen. Nun ist es ja nicht immer nötig, daß gerade die Mütter und Frauen, die jetzt ohnehin schon schwere Pflicht oft als Haushaltungsvorstand erfüllen müssen, sich dazu noch die keineswegs leichte Arbeit eines Gewerkschaftsfunktionärs auferlegen. O nein, auch wir Mädchen können einen solchen Posten ganz gut ausfüllen, wir müssen nur wollen. Oft findet gerade die impulsive Empfindung der Jungen nach reiflicher Ueberlegung das volle Einverständnis der Älteren. Und wir, die wir immer als die Träger künftigen Lebens gepriesen werden, laßt uns auch die Träger für eine bessere, frohere Zeit sein. Darum helft, wo ihr könnt, denn solche Arbeit macht Freude.

Emma Plümcke.

## Korrespondenzen.

Leipzig. Am Sonnabend, den 6. Januar, fand in den „Kaiserhallen“ eine öffentliche Versammlung statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Wichtiges aus dem Zivildienstpflicht-Gesetz. 2. Bericht von den Verhandlungen mit dem Prinzipalvorstand über die Feuerunfallszulagen. 3. Freie Aussprache und Beschlußfassung. Der Referent, Kollege Schulze, führte die bringende Notwendigkeit an, durch Aussprache von dem Zivildienstpflicht-Gesetz Kenntnis zu nehmen; er führte in klaren Ausführungen die Zweckmäßigkeit des Gesetzes an sowie dessen Wirkung auf das Druckerei-Hilfspersonal. Kollege Schulze betonte die Verbesserungen, die durch die Arbeitervertreter in das Gesetz hineingetragen wurden. Er führte die einschneidende Wirkung an, die das Gesetz in das Erwerbsleben gebracht hat und verlas den ersten Aufruf vom 16. Dezember betreffs freiwilliger Meldung. Kollege Schulze führte weiter an, daß für Frauen das Gesetz keine Anwendung findet, doch, wie aus dem ersten Aufruf zu ersehen ist, sich weibliche Hilfskräfte zu verschiedenen Dienstobliegenheiten melden können. Nachdem Redner noch zu einzelnen Paragrafen Verschiedenes zitierte und betonte, daß die Gewerkschaftsvorstände aufgefordert werden, die Mitglieder anzuspornen, mit vermehrten Kräften den Verhältnissen der Zeit entsprechend zu dienen ohne Lohnrückerei, gegen anhängende Bezahlung der Arbeit, schloß er den ersten Punkt der Tagesordnung, dem eine Aussprache folgte. Zu dem zweiten Punkte der Tagesordnung konnte Referent keinen abschließenden Bericht geben, da die verabredete Zusammenkunft noch nicht zustande gekommen ist. Nach dem eingegangenen Schreiben des Prinzipalvorstandes vom 5. Januar ist diese in Kürze zu erwarten. Eine Entschließung im Sinne des Berichtes wurde angenommen. Mit einigen Gedanken an unsere Feldarbeiten schloß Kollege Wolken die Versammlung.

## Rundschau.

Frauenarbeit im Steinbrugewerbe. Weit über ein Jahrzehnt bemüht sich der Verband der Lithographen und Steinbruder, im Steinbrugewerbe zu einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gelangen. Vergeblich. Mit Ausnahme einer größeren Kinderheit der Unternehmer prallten alle derartigen Versuche bei ihnen wirkungslos ab. Selbst die Kriegszeit vermochte sie nicht zu einer anderen Haltung zu bewegen. Weder in der Fürsorge für die Arbeitslosen am Anfang des Krieges, noch für die Kriegsbeschädigten gelang es, mit ihnen zu einer Verständigung zu kommen. Was in den anderen dem Gehilfenverbände gleichfalls angeschlossenen Berufen erreicht wurde, blieb im Steinbrugewerbe ohne Erfolg.

Während die Unternehmer im Steinbrugewerbe den Gehilfen noch immer jedes Entgegenkommen verweigern, liegen sie förmlich auf der Lauer, um sofort jedes Zugeständnis, das die Gehilfen den tarifstreuen Unternehmern machen, für sich auszunutzen. Im Chemigrafiegewerbe

besteht seit dem Jahre 1903 ein gut ausgebauter Tarif. Kaum hatte dort das Tarifamt infolge des Mangels an Arbeitskräften beschloffen, Frauen für den Beruf zuzulassen, sofort fanden sich Steinbruckerunternehmer, für sich das gleiche Recht in Anspruch zu nehmen. Während aber jene sich verpflichteten, in jedem Einzelfall die gewählten Vertreter der beiden Parteien über die Notwendigkeit der Einstellung von Frauen entscheiden zu lassen, machten sich diese an, ganz willkürlich und allein darüber zu befinden. In der Chemigraphie sind peinliche Bestimmungen über die Bedingungen der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte festgesetzt worden. Nichts von alledem in der Steinbruckerindustrie. Es ist offensichtlich, daß die Einstellung der weiblichen Arbeitskräfte hier nur zu Lohnbrüderereien dienen soll. Es ist freilich nicht das erste Mal, daß derartige Anforderungen durch die Steinbruckerunternehmer vorfallen. Bei der Lohnbewegung im Jahre 1911 forderten die Steinbrucker die 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Weil aber die Buchdrucker in ihrer Tarifrevision mit der 53 stündigen (bei durchgehender Arbeitszeit 52 stündigen) wöchentlichen Arbeitszeit einverstanden waren, bestanden auch die Steinbruckerunternehmer mit Hinweis auf die Buchdrucker auf die 53 stündige Arbeitszeit, allerdings ohne Berücksichtigung der Verkürzung bei durchgehender Arbeitszeit. Während des Krieges wiederholte sich ein gleicher Vorgang bei der Regelung der Zahl der einzustellenden Lehrlinge. Was die Gehilfenvertreter der Chemigraphie mit guten Gründen den Unternehmern, in einem nach dem Kriege zweifellos wieder aufblühenden Gewerbe, zugesprochen konnten, das wollten auch die Steinbruckerunternehmer sofort für sich in Anspruch nehmen. Glücklicherweise blieb ihnen diesmal der Erfolg verjagt, und zwar insofern, als die Frauen sich den an sie gestellten Anforderungen der Männerarbeit nicht gewachsen zeigten. Die Unternehmer mußten daher auf die Einstellung der Frauen für die Männerarbeit verzichten, da sie nach ihren eigenen Angaben nicht auf ihre Kosten gekommen wären.

Gegen ein solches Verhalten mußten sich die Gehilfen mit Recht energisch zur Wehr setzen. Wer die Gehilfen sonst nicht als gleichberechtigten Faktor anerkennt, kann auch in dieser Frage von ihnen kein Entgegenkommen erwarten, zumal, wenn mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß die Einstellung der Frauen in erster Linie nur zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse mißbraucht werden solle.

Die Stellung des Arbeitervertreters im Kriegsamte. Mit dem Eintritt des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, A. Schilde, in das Kriegsamte als Arbeitervertreter sind in der Presse vielfach irriige Meinungen über dessen Tätigkeit im Kriegsamte verbreitet worden. Auch in Gewerkschaftskreisen ist über die Tätigkeit vielfach eine falsche Ansicht vorherrschend, die zu irriigen Erwartungen über seine Tätigkeit führt.

Der Arbeitervertreter Schilde ist nicht etwa leitender Ressortchef, wie vielfach angenommen wird, sondern er ist Berater der ebenfalls militärisch organisierten Leitung der Abteilung des Kriegsamtes, nämlich des Ersatz- und Arbeitsdepartements.

Das Kriegsamte ist eine Abteilung des Kriegsministeriums und ebenso wie dieses militärisch organisiert. Auch die während des Krieges erfolgte Heranziehung von Zivilpersonen in das Kriegsministerium und in das Kriegsamte hat an dem Charakter dieser Behörden nichts geändert; sie sind im wesentlichen Stellen, die Heereszwecken dienen, und daraus ergibt sich, daß sie von Sachverständigen, also von Berufsmilitärs geleitet werden, und daß die Entscheidungen bei diesen liegen.

Das schließt natürlich nicht aus, daß die in diesen beiden Behörden tätigen Zivilpersonen auf die Entscheidungen Einfluß ausüben können und auch ausüben. Das werden sie um so mehr tun, je mehr durchschlagende Gründe sie für ihre Vorschläge ins Feld führen können. Dies wiederum verpflichtet sie zur Aufrechterhaltung intimer Verbindung mit den Kreisen, aus denen sie hervorgegangen und als deren Vertrauensmann sie den amtlichen Stellen gegenüber gelten.

Eine Verbindung des Arbeitervertreters im Kriegsamte mit den Gewerkschaften ist deshalb sehr notwendig. Diese Verbindung kann auf zweierlei Weise hergestellt werden: 1. durch den direkten Verkehr mit den Zentralen der Gewerkschaften; 2. durch ein dem Vertreter beigegebenes Vertrauensmänner-Kollektiv, das aus Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen besteht. Diese Verbindung mit dem Vertreter recht intima zu gestalten, ist daher die Pflicht der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Bei der Ueberweisung informierenden Materials an den Arbeitervertreter im Kriegsamte muß jedoch dringend gebeten werden, sich auf wirklich informierendes Material zu beschränken, damit er nicht unnötig in Anspruch genommen wird.

Die Adresse unseres Vertreters ist:

Alexander Schilde, Kriegsamte E. D. (Ersatz- und Arbeits-Departement) Berlin NW. 7, Friedrichstr. 100.

Im Interesse der Vertretung der Arbeiter liegt es, wenn danach genau verfahren und der Arbeitervertreter im Kriegsarbeitsamt bei seiner Tätigkeit durch die Arbeiter- und Angestelltenverbände unterstützt wird.

25 Jahre Porzellanarbeiter-Verband. Am 1. Januar d. J. konnte der Verband der Porzellanarbeiter auf ein 25 jähriges Bestehen als Zentralverband zurückblicken. Vor dem Bestehen ein Unterstützungsverband deutscher Porzellanarbeiter und ein Gewerbeverein der Porzellan- und Glasarbeiter, der bis dahin dem Verband der Hirsch-Dunderschen angehört hatte. Auf einer Generalversammlung wurde die Vereinigung der beiden Verbände zu einem gemeinsamen Zentralverband beschloffen. Die Zahl der Mitglieder, die dieser neuen Berufsorganisation beitrugen, betrug 4692. Vor Ausbruch des Krieges erreichte die Mitgliederzahl mit 17 000 ihren höchsten Stand. Erscheint diese Zahl auch etwas gering, so muß doch hierbei beachtet werden, daß die gesamte Porzellanindustrie nur 72 000 Beschäftigte umfaßt. Auch diese Organisation hat durch die Kriegszeit einen schweren Mitgliederverlust zu verzeichnen. Am 30. November 1916 zählte der Verband nur noch 4930 Mitglieder, darunter 1870 weibliche.

Der Verband hat ein gut ausgebauten Unterstützungsweesen. Rund 2 1/2 Millionen Mark wurden für diesen Zweck aufgewendet. Ebenso wurden für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhältnismäßig große Unterstützungssummen, nämlich im ganzen über 1 1/2 Millionen Mark für Streit- und Maßregelungsunterstützungen gebraucht. Als Erfolg ist zu buchen, daß die Arbeitslöhne erheblich gestiegen sind, ebenso die Arbeitszeit verlängert wurde. Nach einer im Jahre 1904 aufgenommenen Lohnstatistik ist für eine Anzahl der im Gewerbe vereinigten Berufe z. B. der wöchentliche Lohn von 15,56 Mk. im Jahre 1894 auf 22,56 bis 29,74 Mk. im Jahre 1904 gestiegen. Seitdem ist es ständig aufwärts gegangen, bis der Krieg auch dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit ein Halt gebot. Ein großer Teil der männlichen Mitglieder wurde zu den Waffen gerufen, ein nicht unerheblicher Teil der übrigen männlichen und auch der weiblichen Mitglieder hat durch Berufswechsel leider die Organisation im Stich gelassen.

Hoffentlich wird die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation in immer breitere Schichten auch dieser Berufsangehörigen eindringen und der Verband deshalb nach Beendigung des Krieges wieder in Reibe und Glied mit unsern anderen Zentralverbänden seine Aufgaben als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter nach wie vor erfüllen können.

Zur Erwerbung von Anteilscheinen der Volkswirtschafts-Kriegsversicherungsanstalt zugunsten der Angehörigen ausmarschierter Mitglieder haben der Mitgliederausschuß der Konjunktionsgenossenschaft „Produktion“ in Langensfelde und das Gewerkschafts-Kartell in Altona-Ottensen in der letzten Zeit gesellige Unterhaltungen veranstaltet, wobei die Genossin Helma Steinbach „Das verlorene Paradies“ von Schulz rezipierte. Der Erfolg war ein guter; es konnten 76 Anteile erworben und an 76 Familien durchs Los überwiesen werden. Fällt nun einer dieser versicherten 76 Kriegsteilnehmer, dann erhält seine Familie den zur Auszahlung gelangenden Betrag. Haben alle 76 das Glück, nach Hause zu kommen, dann vergrößert der so gewonnene Betrag die zur Auszahlung kommende Summe, die in ihrem ganzen Umfang nur Hinterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer zukommt.

Die Nachzahlung solcher Veranlassungen sind sehr empfehlenswert, sie zeigen ein hohes Maß von Hilfsbereitschaft der Arbeiterfamilien.

IK. Der Lederverbrauch im Kriege. Ein englisches Fachblatt sucht den Lederverbrauch der kriegsführenden Länder während des Krieges festzustellen. Das Blatt geht dabei von der Annahme aus, daß die Zahl der kämpfenden aller kriegsführenden Staaten etwa 50 Millionen beträgt. Um die gewaltige Menschenmenge mit Schuhwerk zu versorgen, seien 44,6 Millionen Säute jährlich erforderlich. Rechnet man dazu das für Pferdegeschirre, Ausrüstungen und andere Zwecke nötige Leder, so erhält man das Quantum von 64 Millionen Säuten im Jahr. Um diesen Bedarf zu

bedecken, sagt das Blatt, reicht die gesamte normale Lederzeugung der Welt gerade aus.

IK. Der Zuwachs der deutschen Sparsparlagen im Jahre 1916. Das Amtsblatt des deutschen Sparsparverbands hat eine Monatsstatistik gebracht, aus der hervorgeht, daß die Sparsparlagen für November einen Zuwachs von 100 Millionen Mark gegen 115 Millionen Mark im November des vorigen Jahres zu verzeichnen haben. Seit dem Beginne des Jahres hat die Zunahme 2080 Millionen Mark gegen 2180 Millionen Mark in der gleichen Zeit des verfloffenen Jahres betragen. Man berechnet, daß auch in diesem Jahre der Zuwachs der Sparsparlagen die ungeheure Summe von drei Milliarden Mark erreichen wird.

IK. Oesterreichische Unternehmergewinne während des Krieges. Während des abgelaufenen Jahres sind von 60 Aktiengesellschaften in Oesterreich Kapitalerhöhungen in einer Höhe von 260 Millionen Kronen vorgenommen worden. 51 andere industrielle Aktiengesellschaften vermehrten ebenfalls ihr Grundkapital um 134 Millionen Kronen. Die Industrie im allgemeinen hat während des Krieges einen großen Aufschwung ihrer Tätigkeit aufzuweisen. Besonders ist es die Maschinenindustrie, die auf eine ergebliche Wirksamkeit zurückblicken kann. Stark profitiert haben aber auch die Zelluloseindustrie, die Kohlenindustrie und die chemische Gruppe. Eine rasche Entwicklung in der Richtung hoher Gewinne haben auch die Banken durchgemacht. Bei folgenden Banken haben im abgelaufenen Jahre Kapitalerhöhungen stattgefunden (um Millionen Kronen): Wiener Unionbank 30, Anlobank 39, Credit-Anstalt 20, Merkur 10, Wiener Kommerzbank 19, Boden-Credit-Anstalt 9, Vertriebsbank 8,9, Depositenbank 7, Deutsche Agrarbank 2.

### Eingegangene Druckschriften.

„Die Glade“, Sozialistische Monatschrift, Herausgeber: Parvus. (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 42 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Willy Altschul: Eward Bernstein als Annerions- und Kriegspolitiker. Paul Hirsch, M. b. A.: Vom preussischen Wohnungswesen. Wilhelm Düwell: Geschäftliche Bahnen. Valentinus: Essen und Deutsche. A. Grigorjanz: Die Balkanfrage und der Balkanbund der Völker. Heinrich Cunow: Keine Missionen, sondern Realpolitik! Heinrich Lersch: Weiter! Stoffen. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

### Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Krieger.

Den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten unsere Kollegen:

#### Wilhelm Frödrich,

Rotationsarbeiter (Aug. Scherl), geboren am 6. Oktober 1875, gefallen im Dezember 1916 in Rumänien.

#### Adolf Danowsky,

Silfsarbeiter (Pempel & Co.), geboren am 8. Mai 1888, gefallen am 28. Oktober 1916 in Rußland.

#### Richard Lange,

Saalarbeiter (Reichsdruckerei), geboren am 16. Juli 1894, gefallen am 28. Dezember 1916 in Rumänien.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen  
Die Bahnhalle Berlin.

#### Rachruf.

Am 29. Dezember verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied

#### Else Hagen

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
Die Bahnhalle Berlin.